

AUSGABE VOM 11. NOVEMBER 2022

Neues Wahlkreisbüro in Recklinghausen feierlich eröffnet

„Nah bei den Menschen, so will ich Politik für unsere Heimat gestalten“ – unter diesem Motto eröffnete der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am 5. November sein neues Wahlkreisbüro für die Menschen aus dem Wahlkreis Recklinghausen I. Gemeinsam mit Landrat Bodo Klimpel, dem Europaabgeordneten Dennis Radtke sowie zahlreichen Gästen aus dem Kreis Recklinghausen wurden das neue MdB-Büro in der Bochumer Straße 79 feierlich eingeweiht. Bereits am Vortag hatte der bayerische Alt-Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (CSU), Referent bei einer Veranstaltung der CDU vor Ort, als erster prominenter Gast die neuen Räumlichkeiten für gut befunden. „Ein Kompliment auch für mein tolles Team“, freut sich Breilmann, dessen Büro als zentrale Anlaufstelle dient: „Es soll ein Ort der Begegnung, des Zuhörens und des lebendigen Austausches sein“, so der CDU-Politiker.

„Antisemitismus bekämpfen – Erinnern heißt handeln“.

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch an die Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 erinnert. Damals war es zu vom nationalsozialistischen Regime organisierten und gelenkten Gewaltmaßnahmen gegen Juden in Deutschland und Österreich gekommen. „Antisemitismus bekämpfen – Erinnern heißt handeln“ lautete die Überschrift der vereinbarten Debatte. Anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht von 1938 riefen Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Redner der Fraktionen zu einem konsequenten Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland auf. Diese Nacht sei der Auftrag, dass sich so etwas nie wiederholen dürfe, so die Ministerin:



„Die Erinnerung darf nicht enden“: MdB Michael Breilmann würdigt zu Beginn das Motto der Gedenkstätte der jüdischen Gemeinde Recklinghausen, an der er am 9. November wegen seiner Berliner Rede nicht teilnehmen konnte. (Foto: Privat)

„Die Nacht des 9. November 1938 bleibt für immer eine Nacht der Schande für unser Land“. Die Erinnerung an die Pogromnacht und an den Holocaust dürfe nicht enden, mahnte auch der CDU-Abgeordnete Michael Breilmann als Sprecher für Antisemitismusbekämpfung der CDU/CSU-Fraktion [in der Debatte](#).

„Erinnern heißt Handeln. Und Handeln ist wichtig. Denn es geht schlicht darum, dass jeder, gleich welcher Religion, in unserem Land sicher und frei leben darf. Das ist unser Auftrag.“ Auch als Konsequenz aus den schwerwiegenden antisemitischen Vorkommnissen auf der diesjährigen Kasseler documenta forderte er eine grundsätzliche Förderklausel des Bundes, die vorsieht, keine Veranstaltungen mehr mit Steuermitteln zu finanzieren, die Antisemitismus oder die antiisraelische BDS-

Boycottbewegung propagieren. „Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein“, so Breilmann. Beim Kampf gegen den Antisemitismus brauche es einen 360-Grad-Blick. Der müsse sich auf Islamisten richten, auf das linke Spektrum im Zusammenhang mit Kapitalismuskritik und auch auf das Spektrum der Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker. Die Union messe der aktuellen nationalen Umsetzung der EU-Antisemitismusstrategie große Bedeutung bei. Jüdisches Leben müsse positiv gefördert werden. Grund zum Optimismus sehe er auch: „Ich erlebe bei der jüngeren Generation Offenheit, Neugier, ehrliches Interesse. Das kann uns Hoffnung machen!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

bei einem Unfall in Berlin geriet eine Radfahrerin unter einen Betonmischer, verstarb im Krankenhaus. Die Feuerwehr, der den LKW hätte anheben können, steckte



im Stau – ausgelöst durch Klima-Kleber, wie der Abschlussbericht der Feuerwehr trotz zunächst anderslautender Berichte jetzt nachweist. Ja, Klimaschutz ist wichtig. Aber: Ist dafür jedes Mittel gerechtfertigt? Heiligt der Zweck wirklich die Mittel? Das dachte ja auch einst die terroristische RAF und bombte sich durch Deutschland. Die Aktivisten haben sich in ihre Welt hineingesteigert. Sie glauben nicht nur an den Untergang, sie wännen sich als „Weltretter“ im Widerstand. In der Berichterstattung klingt oft Verständnis durch, auch Teile der evangelischen Kirche klatscht Beifall, nach dem Motto: „Eigentlich haben die ja recht!“ Offen paktiert die „Letzte Generation“ aber mit vom Verfassungsschutz beobachteten Linksextremisten, die versuchen massiv Einfluss auf die Klimaschutzbewegung zu nehmen. Der lasche naive Umgang damit gefährdet die Demokratie und beschädigt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Straßenblockaden, Verkehrsgefährdungen, Nötigungen, Beschädigungen von Kulturgütern oder Zerstörung von Eigentum sind keine Kavaliersdelikte lassen sich nicht durch eine "gute Sache" rechtfertigen. Unser [Antrag](#) ist eingebracht. Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Neue CO₂-Kostenaufteilung ist Schildbürgerstreich

Am Donnerstag beschloss die Ampel im Bundestag ein Gesetz zur CO₂-Kostenaufteilung. Vermieter sollen ab 2023 einen Teil der Kosten übernehmen, die Mieter bislang alleine tragen. „Die Ampel will die Kosten zwischen Mietern und Vermietern danach aufteilen, wie viel Brennstoff verbraucht wurde, der Sanierungszustand des Gebäudes spielt dagegen keine unmittelbare Rolle. Dieser Ansatz ist klimapolitisch kontraproduktiv und sozialpolitisch verfehlt. Ein Schildbürgerstreich“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Vermieter, die bereits investiert und ihr Haus energetisch modernisiert, hätten davon unmittelbar nichts und würden trotzdem mit Kosten belastet, so das Bauausschussmitglied. „Richtig wäre, durchgeführte Sanierungen und Einsparungen an CO₂ zu belohnen“, so der CDU-Politiker. Mieter würden durch den Ansatz bestraft. Seien Mieter sparsam und sinke deswegen der Brennstoffverbrauch, so werde das Gebäude in eine bessere Stufe eingeordnet. Das führe dazu, dass die Kostenquote für Mieter steige. „Das Ampel-Modell bestraft Mieter, die sparsam heizen. Das ist absurd!“, so MdB Breilmann.

Automatensprenger: Breilmann befragt Regierung



„Angesichts der hohen Fallzahlen bei Bankautomatensprengungen sind eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie die Einbeziehung privater Akteure wichtig und begrüßenswert“. Das hat die Bundesregierung am Mittwoch CDU-MdB Michael Breilmann in der Fragestunde des Bundestages mitgeteilt. Der Innenexperte drängt angesichts steigender Fallzahlen auf ein verstärktes Engagement des Bundes. Das BMI teile die Einschätzung von NRW, dass eine enge Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung sei. Aus diesem Grund wurde mit dem am 8. November 2022 initiierten Runden Tisch „Geldautomatensprengungen“ eine neue Ebene des bundesweiten Austausches geschaffen. Zur Bekämpfung der Täter aus den Niederlanden findet eine Kooperation mit der niederländischen Nationalpolizei statt, bei dem Europa und andere EU-Staaten eingebunden sind. (Bild: privat)

Polnische und deutsche Schüler zu Gast in Berlin



Am Montag besuchten Schülerinnen und Schüler aus Recklinghausen und der polnischen Partnerstadt Bytom den Bundestag. Begleitet von der polnischen Senatorin Halina Bieda, Recklinghausens Bürgermeister Christoph Tesche und Adam Fras, 2. Bürgermeister von Bytom, suchten sie den persönlichen Austausch mit den Abgeordneten der Region, Frank Schwabe (SPD) und Michael Breilmann (CDU). „Der Austausch mit den Jugendlichen der beiden Städte war spannend“, freute sich MdB Breilmann und dankte „Der Brücke“, dem Institut für interkulturelle Begegnungen und Integration der Stadt Recklinghausen, die das Projekt organisiert hat. „Ich hoffe, dass wir uns nächstes Jahr wiedersehen“, so Breilmann. (Bild: Privat)

„Bürgergeld“: CDU/CSU gegen Systemwechsel

Mit der Einführung des sog. „Bürgergeldes“ plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform der im SGB II geregelten Hilfen für Arbeitslose in der Grundsicherung. Dabei sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Mit dem „Bürgergeld“-Gesetz geht die Ampel-Regierung den nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. CDU-MdB Michael Breilmann: „Bürgergeld steht für verwalten, nicht für aktivieren. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich hingegen bewährt. Denn nur mit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit beendet werden. Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit der Union nicht geben“. Angesichts der Inflation müssten die Regelsätze dringend zum 1.1.2023 angehoben werden. Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion einen [Antrag](#) eingebracht, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll.

Impressum:

Ausgabe Nr. 18 der 20. Wahlperiode

11. November 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler